Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 87. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch den 14 April 1926

Offene Wunden.

Neue Besatzungslasten im besetzten Gebiet, von denen in letzter Zeit gemeldet wurde, haben gezeigt, daß von einer wirklichen Durchführung der Ententeversprechungen von Locarno immer noch nicht die Rede ist, daß noch immer offene Wunden brennen. Ebensowenig ist von einer Verminderung der Besatzungstruppen wie etwa von einer Abkürzung der Besatzungsfristen die Rede gewesen. Auf einer Koblenzer Sitzung des Gewerkschaftsausschusses für die besetzten Gebiete hat soeben der Reichsminister Dr. Marx eindringlich davor gewarnt, mit dem Gedanken zu spielen, als ob es vollkommen gewiß sei, daß die Besatzungsfristen abgekürzt werden. Gehofft haben wir ja alle darauf in Deutschland mehr oder weniger stark und die Räumung der Kölner Zone als den Anfang einer Erleichterung im Rheinland betrachtet. Leider hat diese Hoffnung aber getrogen und es besteht wohl kaum eine Aussicht darauf, denn sonst würde nicht Dr. Marx gerade davor gewarnt haben, der doch in London 1924 die Abmachungen unterschrieb, die wenigstens eine Bereinigung der wirtschaftlichen Differenzen darstellte. Wenigstens hatten wir geglaubt, daß sie dies darstellen würden. Aber Dr. Marx setzt auch hierin schon Zweifel, sieht neue Auseinandersetzungen kommen. Die Weltwirtschaft habe eingesehen, daß die Dawes-Lasten für Deutschland untragbar seien, und Marx hofft deswegen, daß durch diese Einsicht der Weltwirtschaft, die ohne Deutschland wirtschaftlich nicht haltbar sei, jene Lasten endlich einmal gemildert werden.

Es ist ja bezeichnend, daß gerade aus Amerika in letzter Zeit besonders eindringliche Stimmen der Kritik laut werden, die die Durchführbarkeit des Dawes-Planes bezweifeln. Es fragt sich nur, wieweit sich diese Ansichten und Einsichten werden durchsetzen können, wieweit es überhaupt möglich sein mag, derartige Abänderungen einzufügen. Dieser Dawes-Plan ist ja ein künstliches Gebäude, das allzu leicht einstürzen kann, wenn man auch nur einen Stein aus ihm herausnimmt. Marx betont, er sei nach London gegangen, um für das gesamte deutsche Volk etwas Nützliches herauszuholen, wobei er sich ohne weiteres darüber klar gewesen sei, daß einzelne, daß ganze Klassen schwer darunter zu leiden haben würden. Dabei wendet er sich ganz besonders an die Eisenbahner, die wohlerworbene Rechte haben verlieren müssen.

Marx hat schon durch seine wenigen Ausführungen eigentlich den Finger auf das gelegt, was uns allen Sorge bereitet: das ist die Ungewißheit nicht bloß wirtschaftlicher, sondern auch politischer Art. Das ist neben jener schon fast zur Gewißheit gewordenen Ungewißheit über die Länge und die Schwere der Besatzung aber noch jene andere Frage, was aus der Militärkontrolle in Deutschland werden soll. In Locarno ist deutscherseits der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, daß wir, abgesehen von Einzelheiten, vor dem Ende dieser Militärkontrolle durch die Entente ständen, daß aber die in den berüchtigten „Investigationen" beschlossene Militärkontrolle der Entente bei Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht in die Erscheinung treten würde. Dieser Eintritt ist nun nicht vollzogen worden, wohl aber hat man in Genf die Mitteilung der Botschafterkonferenz zur Kenntnis genommen — was überhaupt die Voraussetzung des Eintritts war — daß Deutschland alle Verpflichtungen des Versailler Vertrages seinerseits erfüllt habe. Also auch die militärischen. Trotzdem ist aber die Tätigkeit der Interalliierten Militärkontrollkommissionen keineswegs beendigt worden, sondern sie prüfen nach wie vor, ob die Vereinbarungen des Notenwechsels vom vergangenen November, also die Zerstörungen und Zerstreuungen der Maschinen usw., durchgeführt sind. Über die Polizeifrage ist dabei eine Vereinbarung überhaupt noch nicht zustande gekommen, so daß noch gar nicht absehbar ist, wann endlich uns diese Gäste verlassen werden.

Was dann aber wird, ist ganz ungewiß, weil nichts vereinbart ist darüber, ob nicht doch jene ganz unmöglichen „Investigationen" Platz greifen sollen. Sehen diese doch beispielsweise in der Rheinlandzone, also dem entmilitarisierten Gebiet, sogar eine ständige Kontrolle vor durch Kommissare des Völkerbundes. Und dabei soll Frankreich den Vorsitz haben. Das hieße an und für sich schon weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehen, weil dort durch den Völkerbund nur dann eine Kontrolle angeordnet werden darf, wenn nachweisbare Verstöße Deutschlands gegen die Entwaffnungs- und Entmilitarisierungsbestimmungen vorliegen. Der englische Minister hat neulich erklärt, dem Völkerbunde werde Mitteilung darüber zugehen, wann die Militärkontrolle der Entente beendet sei; darin liegt die Andeutung, daß dann die Kontrolle des Völkerbundes einzutreten hat. Also die Investigationen, die Dr. Luther selbst als untragbar bezeichnet hat. Ehe wir also in den Völkerbund eintreten, müssen wir uns gerade in den wichtigsten Punkten noch Gewißheit schaffen.

*

Severing über den Ruhrkampf.

Nach dem Reichsjustizminister nahm bei der Tagung des Gewerkschaftsausschusses der preußische Minister des Innern das Wort und führte u. a. aus: „Allmählich geht es wieder vorwärts. Der Ruhrkampf war ein weltgeschichtliches Ereignis, der vor allem von den Arbeitern und Beamten des Westens ausgefochten wurde. Dabei ist es nicht die Zahl und die Macht der Gewerkschaften, die diesen Kampf gewinnen halfen, sondern vor allen Dingen das Gemeinschaftsgefühl, die Disziplin und die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften. Von einem Mißerfolg des Ruhrkampfes kann keine Rede sein, denn dieser allein hat das französische Volk zum Verhandeln genötigt, und dieses große Moment ist der Erfolg des passiven Widerstandes. Wie hier Einheit und Einigkeit den Sieg errungen haben, so sollen sie auch unser Leitstern sein für die zukünftige Arbeit. Wir haben die Hoffnung, daß die zweite und die dritte Zone früher als zu den vorgesehenen Zeiten geräumt werden. Das werden wir aber nicht mit Waffen und Bomben erreichen, sondern mit der Waffe des Rechts und der Wahrheit. Ich habe die feste Überzeugung, daß wir aus diesem Kampf, den wir für Wahrheit und Recht führen, als Sieger hervorgehen. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen, insbesondere der ausgesteuerten Arbeitslosen ernsthafte Sorge bereitet, so sind wir doch der Auffassung, daß wir im vergangenen Winter den Höhepunkt erreicht haben. Es wird allerdings im kommenden Herbst zu einer erneuten Verschärfung kommen, wenn Neubauten nicht mehr ausgeführt werden, so daß die Arbeitslosigkeit unter Umständen die gleiche oder eine höhere Zahl erreichen wird. Auch hier wird es vornehmste Pflicht und Aufgabe der Gewerkschaften sein, zu Besonnenheit und Ruhe zu mahnen.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simmern, begrüßte die versammelten Gewerkschaftsvertreter. Als Sohn des Rheinlandes betrachte er es als seine höchste Ehre und als Reichskommissar als seine höchste Pflicht, am weiteren Aufstieg des rheinischen Volkes mitzuwirken. Nachmittags versammelten sich die Vertreter des Rheinlandes. Bei dieser Zusammenkunft brachten vor allem die Vertreter der Landwirtschaft und des Weinbaues ihre Forderungen zum Ausdruck. Innenminister Severing versicherte, er werde alle Forderungen an die betreffenden Ressorts weitergeben und alles in seiner Kraft Stehende dazu beitragen, daß diesen Forderungen stattgegeben werde.

Sowjet-Rußland gegen den Völkerbund

Keine russische Teilnahme an der Abrüstungskonferenz.

Tschitscherin gegen die Schweiz.

Die russische Sowjetregierung hat in der letzten Zeit wiederholt zur Frage des Völkerbundes und auch zu der im Mai stattfindenden vorbereitenden Abrüstungskonferenz in ablehnender Weise Stellung genommen. Eine offizielle Antwort der russischen Regierung auf die an sie vom Völkerbundsekretariat ergangene Einladung zur Teilnahme an der Konferenz stand allerdings noch aus. Nunmehr veröffentlicht die Sowjetregierung den Wortlaut ihres vom Außenkommissar Tschitscherin gezeichneten Antwortschreibens, das in der Form diplomatisch höflich, in seinem Inhalt zum Teil mit äußerster Schärfe abgefaßt ist. Tschitscherin betont in diesem Schreiben nochmals, daß es der Sowjetregierung nicht möglich ist, an einer auf schweizerischem Boden stattfindenden Konferenz wegen der Haltung der schweizerischen Regierung bei der Ermordung des Sowjetbotschafters Worowski in Lausanne im Jahre 1923 teilzunehmen.

Nachdem Tschitscherin dann auf die Tatsache hingewiesen hat, daß vom Völkerbund angeregte oder organisierte Konferenzen in Orten außerhalb der Schweiz stattgefunden haben, und, mit offener Anspielung auf die letzten Vorgänge in Genf, meint, daß diese Stadt „keineswegs die Existenz einer Atmosphäre bewiesen habe, die der Lösung der internationalen Fragen im Geiste des Friedens, der Zurückstellung eigener Interessen und der gegenseitigen Zugeständnisse besonders günstig wäre", erklärt er, daß die Wahl Genfs seitens des Völkerbundrates „den notwendigen Schluß zulasse, daß er von Anfang an sich bewußt das Ziel gestellt hatte, die Beteiligung der Union der S. S. R. an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu verhindern, und daß alle seine formellen Erklärungen über die große Wichtigkeit, die der Mitarbeit der U. S. S. R. bei dem Abrüstungswerke angeblich beigemessen wird, der Aufrichtigkeit und des realen Wertes entbehren". Tschitscherin spricht sodann ganz offen den Verdacht aus, daß man dadurch, daß der Sowjetregierung die Beteiligung an der Abrüstungskonferenz unmöglich gemacht werde, die ganze Aktion von vornherein sabotieren wolle, da bereits einzelne der großen Militärstaaten erklärt haben, daß sie Abrüstungsbeschlüsse, die ohne Zustimmung Rußlands zustande gekommen seien, nicht respektieren würden.

Nachdem dann Tschitscherin noch die Friedensliebe der Sowjetregierung betont hat, schließt er sein Schreiben mit dem Satz: „Ich erlaube mir, zum Schluß die Hoffnung auszudrücken, daß der Völkerbund sich in Zukunft bemühen wird, die Sowjetregierung zu Konferenzen nur in den Fällen einzuladen, wo die Leiter des Völkerbundes auch tatsächlich wünschen, daß sie sich daran beteiligt."

*

Die Wirtschaftslage der Sowjetunion.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion prüfte eingehend die Wirtschaftslage der Union. Es faßte eine Entschließung, in der festgestellt wird, daß trotz des Abbaus des Wirtschaftsprogramms, der sich daraus ergab, daß der Umfang der Getreideeinkäufe den ursprünglich übertriebenen Erwartungen nicht entsprach, die Industrieproduktion im laufenden Wirtschaftsjahr sich um 35 % gegenüber dem Vorjahre erhöhen wird. Die Beobachtung äußerster Sparsamkeit im Wirtschaftsleben und der Ausbau inländischer Kreditoperationen sollen zur Erhöhung der für die Industrialisierung des Landes notwendigen Mittel beitragen.

Die Entschließung betont weiter die Notwendigkeit des Ausbaues der Ausfuhr, wobei außer der Entwicklung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte und Mineralien energische Maßnahmen zur Entwicklung jener Wirtschaftszweige verlangt werden, in denen die Abhängigkeit vom Auslande am stärksten empfunden wird, so namentlich der Baumwollkultur, der Metallurgie und des Maschinenbaues. Zwecks Vergrößerung der Warenmenge zum Zeitpunkt der neuen Ernte muß unter Erhaltung der Aktivität der Außenhandelsbilanz die Einfuhr von Rohstoffen für die Textil- und Lederindustrie und nötigenfalls auch die Einfuhr von Fertigfabrikaten erhöht werden.

Die preußische Verwaltungsreform.

Konferenz der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Im preußischen Ministerium des Innern fand eine Konferenz sämtlicher preußischen Ober- und Regierungspräsidenten statt, die unter dem Vorsitz des preußischen Ministers des Innern Severing tagte. Der Zweck der Zusammenkunft, die mit einer Begrüßungsansprache des Ministers eröffnet wurde, war eine Aussprache über die Frage der preußischen Verwaltungsreform. Zwei Referate, die von dem Regierungspräsidenten Bergemann (Düsseldorf) und von dem Regierungspräsidenten Krüger (Lüneburg) erstattet wurden, bildeten den Mittelpunkt und brachten die Wünsche und Gedanken der Vertreter der Provinzialbehörden zu dem Stand der Verwaltung und Verwaltungsreform zur Sprache. In der Aussprache stimmten den Grundgedanken der gehaltenen Referate fast alle Redner zu. Immer wieder wurde von den Vertretern der Provinzen betont, daß die Erhaltung der Regierungsbezirke sowohl im Interesse des Staates wie der Bevölkerung notwendig sei. Die Behörden müßten möglichst nahe an die Bevölkerung herangebracht und nicht von ihr fortgerückt werden.

Minister Severing führte aus, daß er es begrüßen würde, wenn auch heute schon Klarheit über den endgültigen Zustand der Polizeiorganisation und der Polizeibelegung geschaffen werden könnte. Aber das sei schon aus politischen Gründen heute leider noch nicht möglich. So entschieden er sich stets gegen einen übertriebenen Pessimismus gewandt habe, so sehr müsse er auch vor einem allzugroßen Optimismus warnen. Nach seiner Überzeugung seien wir aus dem Gröbsten noch nicht heraus. Die starke Arbeitslosigkeit würde auch im Sommer und im nächsten Herbst noch nicht überwunden sein. Auch Ausschreitungen politischer Gruppen müßten in Rechnung gestellt werden. Deshalb könne man nicht daran denken, aus heute mit Polizei belegten Gefahrengebieten die Polizei herauszuziehen, denn ihre Anwesenheit bedeute schon ein gewisses Warnungssignal. Bei der regen Tätigkeit der Radikalen auf beiden Flügeln bestände stets die Gefahr, daß einmal „die Flinten von selbst losgingen". Die Rechtsverbände suchten den Vorwand für ihr Wirken in dem ständigen Hinweis auf die drohenden Gefahren von links, während umgekehrt die Radikalen auf dem linken Flügel mit der Putschgefahr von rechts argumentierten. Er glaube nicht an eine ernste Gefährdung des Staates durch diese Tätigkeit. Die Voraussetzung für diese Zuversicht sei die Erhaltung einer tüchtigen, verfassungstreuen und bereiten Polizei.

Der Minister behandelte dann noch eine Reihe von Einzelfragen, u. a. die Frage der Kreisblätter. Er denke nicht daran, die verfassungsmäßig gewährleistete Pressefreiheit auch nur im geringsten anzutasten. Wenn aber amtliche Kreisblätter fortführen, in verletzender Weise die Reichs- und Staatsregierung zu beschimpfen und herabzusetzen, wie es in den letzten Jahren häufig geschehen sei, ohne daß von den Behörden eingeschritten würde, dann seien solche Fußtritte verdient. Solchen Blättern müßten unter allen Umständen Aufträge amtlicher Art entzogen werden.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF